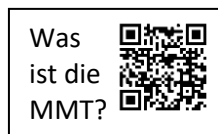


Vorwort

Die Projektgruppe Wirtschaft des SPD Klimaforum beschäftigt sich mit alternativen Wirtschaftssystemen, finanzpolitischen Klimamaßnahmen und der Kreislaufwirtschaft. Dabei spielen die externalisierenden Kosten eine genauso wichtige Rolle, wie Vermögensverteilung und ein gerechtes Steuersystem. Für all diese Themen brauchen wir ein gemeinsames Verständnis unseres Geldsystems. Woher kommt es, welchen Weg nimmt es und wo endet es?

Die Meinungen dazu gehen im deutschen Bundestag weit auseinander - auch innerhalb der Partei. Immer wieder erzählen uns neoliberale Politiker:innen Mythen über unser Geldsystem und verhindern damit aktiv effektive Klimapolitik. „Es sei nicht genug Geld da“ ist ein Totschlagargument gegen jedes sinnvolle Förderungsprogramm. Dabei haben die „Bazooka“ und die „100 Milliarden“ doch gezeigt, es ist Geld da. Aber wie kann das sein? Aktuell werden auf falschen Annahmen Diskussionen geführt und Gesetze geschrieben. Eine Auseinandersetzung ist daher unausweichlich, um Klimaschutz in seinem ganzen Potential umzusetzen.

Die Modern Money Theorie (MMT) gibt dazu eine Erklärung ab. Die MMT ist eine Art Linse durch die man schaut, um unser Geldsystem besser zu verstehen. Dazu haben wir einige Videos und FAQs ausgewählt, die nach unserer Auffassung einem leicht verständlichen Zugang zu einem komplexen Thema bieten:



Wie gelingt es uns nun diese Themen in die Partei zu tragen? Wie schaffen wir es, dass Abgeordnete im Wirtschafts- und Finanzausschuss sich mit unseren Inhalten auseinandersetzen? Normalerweise werden Forderungskataloge erarbeitet oder Anträge gestellt. Wir als Projektgruppe wollen einen neuen Weg ausprobieren. Ob er funktioniert wissen wir nicht.

Unser oberste Ziel: Unsere Genoss:innen im Bundestag lesen was wir schreiben. Dazu braucht es eine starke Komprimierung und einen Bezug zum Alltag. Wir haben uns daher fünf Mythen gesucht, die in Interviews und Parlamentsdebatten immer wieder auftauchen (Alltag). Wir entkräften auf einer einzigen DIN A 4 Seite diese Mythen (Komprimierung).

Wir wollen mit dem One-Pager nicht die MMT erklären und keine Handlungsanweisungen geben. Viele Punkte bleiben offen und werden nicht behandelt. Wir wollen keine vollständige Analyse bieten. Wir wollen, dass unsere SPD Fachleute mit Themen konfrontiert werden, die aktuell nicht mehrheitsfähig sind, aber werden müssen. Das Ganze ist Teil eines Prozesses. Wir wollen ins Gespräch kommen, Kooperationsmöglichkeiten identifizieren und später in verschiedenen Bereichen Lösungen anbieten.

Fünf Mythen neoliberaler Wirtschaftspolitik, die effektiven Klimaschutz verhindern

1. Steigt die Geldmenge, steigt die Inflation.

Sind die Zinsen niedrig und es liegt immer mehr Geld auf dem Konto von Unternehmen, die aber nicht investieren wollen, gibt es keine Inflation. Japan ist dafür das beste Beispiel. Erhöht man die Geldmenge durch Staatsausgaben, um arbeitslose Lehrer:innen in einen Job zu bringen, so steigt die Bildung und die Anzahl zahlungsfähiger Konsument:innen. Eine Inflationsgefahr besteht dadurch aber nicht. Werden Ausgaben in bestimmten Bereichen des Bauwesens erhöht, wo Fachkräfteknappheit herrscht, kommt es hingegen zu einer Inflation. Es kommt also darauf, ob reale Ressourcen wie Arbeitskräfte voll ausgelastet werden.

2. Der Staat ist ein schwäbischer Haushalt.

Das Gegenteil ist der Fall. Ein privater Haushalt muss erst Geld einnehmen, um Ausgaben zu tätigen. Der Staat hingegen gibt erst sein eigenes Geld aus, um es später als Steuern zurückzubekommen. Nur wenn andere Staaten oder Unternehmen sich verschulden, kann der eigene Staat mehr Geld einnehmen, als er ausgegeben hat. Der Begriff „Staatsschulden“ ist trügerisch und müsste eher „Staatsausgabenüberschuss“ heißen.

3. Unsere Steuern finanzieren die Ausgaben des Staates.

Da der Staat nur das Geld einnehmen kann, das er zuvor herausgegeben hat, können höhere Steuern keine Notwendigkeit für mehr Ausgaben sein. Zwar darf das Bundesbankkonto nicht länger als einen Tag überzogen werden, zoomt man aber heraus, so sieht man: Die Ausgaben des Staates werden immer durch die Schaffung neuen Geldes bezahlt, niemals durch Steuergelder.

4. Geld des Staates ist eine knappe Ressource.

Die Zentralbankgeldmenge eines souveränen monetären Staates wie Japan, China oder den USA existiert als Zahl in einer Tabelle bei der Zentralbank. Vereinfacht gesagt wird die Geldmenge mit der Tastatur erhöht. Im Gegensatz dazu sind Arbeitskräfte, Rohstoffe oder Energiemengen echte begrenzte Ressourcen.

Durch eine Schuldenbremse wird Geld willkürlich begrenzt. Die bestmögliche Auslastung der Ressourcen wird so erschwert. Die Geldschöpfung hat trotzdem Grenzen und zwar dort, wo Ressourcen knapp werden (siehe Mythos 4).

5. Konsumausgaben runter, Investitionsausgaben hoch!

Handelte man nach der genannten Aussage, würden mehr Schulen saniert (Investitionshaushalt) und gleichzeitig Lehrer:innenstellen abgebaut werden (Konsumhaushalt). Höhere Sozialausgaben (Hartz IV, Kindergeld) sorgen für eine gerechtere Verteilung, mehr Konsum und eine erhöhte Binnennachfrage und im kapitalistischen System zu einem stabileren Wirtschaftszyklus. Sozialausgaben sind also ein wichtiger Wirtschaftsstabilisator.



SWR 2 Wissen



Capital.de



Deutschlandfunk

Einige Quellen:

Weitere Informationen für das Plenum

Zielgruppe: Mitglieder:innen des Wirtschafts- und Finanzausschusses.

Inhaltliches Ziel: Aufmerksamkeit auf falsches Verständnis des Geldsystems schaffen. Unser Finanzminister, aber auch einige Genoss:innen haben eine nachweisbar falsche Vorstellung unseres Geldsystem. CO2, Energie, Fachkräfte, Flächen für Windkraft, Dächer für Solar ... sind alles Ressourcen die bewirtschaftet werden müssen. Das geht nur mit einem richtigen Verständnis, woher Geld kommt und was es bewirken kann, im Guten wie im Schlechten. Das Argument „dafür ist kein Geld da“ ist ein Trugschluss und verhindert was eigentlich möglich und absolut nötig wäre. Das Erreichen der Klimaziele ohne ein richtiges ökonomisches Verständnis ist nicht möglich.

Ziel der Umsetzung: Das unser One-Pager von SPD Fachleuten gelesen werden.

Faktencheck: Wir haben das Papier vom Ökonom Dr. Dirk Ehnts (ehm. wissenschaft. Mitarbeiter von Finanzwende-Mitbegründer Gerhard Schick. Außerdem hat er für die EU Wahl 2019 den Green New Deal für die SPÖ maßgeblich mitentwickelt) und vom Genossen Carl Mühlbach, Vorsitzender von FiscalFuture, abchecken lassen. Daraufhin haben wir das Papier etwas überarbeitet. Beide haben sich sehr positiv über die Initiative geäußert und die Idee unterstützt.